

# Der kulturfeindliche Innenetat

Im Haushaltsausfluß des Reichstages wurden am Donnerstagsabend und Freitagmorgen die Beratungen über den Reichsinnenetat fortgesetzt.

Genosse Torgler nahm insbesondere zur Haltung Reudells gegen die Forderung, den einzigen Vorzug des Innenministeriums zu gewahren, daß von seiner Arbeit in Beamtenfragen nicht viel bemerkt worden sei. Die Reudell'sche Antwort bei der Reichsministerkonferenz hat den Beamten gezeigt, um die reaktionäre Einstellung des Innenministeriums zu erkennen. Besonders des Beamtenvertretungsorgans sei ihm authentisch mitgeteilt worden, daß Herr Reudell selbst die Schuld an der Verdrängung trage. Wenn der Minister kommen abnehmend verhalte sich der Minister in der Frage der Beamtenrechte, Kommunistische und sozialdemokratische Anträge liegen seit Jahren im Beamtenausfluß. Die Beratung sei hier am Ministerium des Innern geblieben. Vor fünf oder sechs Wochen habe er als Vorsitzender des Beamtenausflusses diesbezüglich an Herrn von Reudell geschrieben, aber bis heute keine Antwort erhalten.

Genosse Torgler kennzeichnet dann den Knackpunkt als ein ausgeprägtes Klasseninstrument der Bourgeoisie. Das Gebot des Staatssekretärs Dr. Fredow von der Neutralität des Bundesrats werde dadurch gekennzeichnet, daß Ministerialräte, städtische Ämter, nationalistische Behörden vom Schicksal des Reichsrats abhängig sein könnten. Arbeiter und ihre Organisationen würden entweder völlig ausgeschlossen oder heimlichen Schikanen und niederrichtlichen Verfahren unterworfen. Die 80 bis 90 Prozent werktätigen Bundesratsteilnehmer müßten sich die organisatorischen Voraussetzungen schaffen, um der Bundesrat für den Klassenkampf zu erobern.

Genosse Rosenbaum interpelliert erneut Herrn von Reudell wegen der Verfolgung der kommunistischen Bewegung in Bayern und der Jugend- und Kinderbewegungen des Proletariats insbesondere in Bayern, Württemberg und Thüringen. Es sei ein Stand, daß der Minister auf die diesbezüglichen Anfragen keine vernünftige Auskunft gebe. Wenn er aber zu einer klaren Stellung gekommen hätte und erklärt habe, daß in Bayern vom 17. Februar ab kommunistische Wahlvereinigungen erlaubt seien, so entsprächen diese Erklärungen nicht den Tatsachen. Erst am vergangenen Sonntagabend sei in Regensburg eine kommunistische Versammlung durch die Polizei aufgelöst worden.

Der Minister gibt schließlich unter höchstem kommunistischen Protest die unerschämte Erklärung ab, er werde auf kommunistische Anfragen in der Generaldebatte nicht antworten.

In der Freitagsvormittags-Sitzung werden eine Reihe von Kulturpolitischen des Innenrats der Einzelberatung unterzogen und eine Reihe von Bestimmungen vorgenommen. In der Beratung verschiedener kommunistischer Forderungen verhandelt.

## Genosse Rosenbaum

u. a. eine Erhöhung der Ausgaben zur Förderung wissenschaftlicher und künstlerischer Arbeit von 17 auf 25 Millionen Mark. Natürlich wird dieser Antrag abgelehnt, wobei die Sozialdemokraten mit den Bürgerlichen in einer Aroun stehen. Auch die Erhöhung dieser Summe auf 2 Millionen Mark, die die SPD beantragt, wird abgelehnt. Der Bundesrat-Etat verlangt unter anderer Bezeichnung (Kultur-gemeinnütziger Einrichtungen) eine Million Mark für kirchliche Organisationen und Institutionen. Der kommunistische Redner kennzeichnet, daß im vorigen Jahre vom Minister erklärt worden sei, aus der freigelegten Verbandsliste herabgeschritten werden, was jedoch nicht der Fall gewesen sei. Die SPD fordert die Verdrängung dieses Titels um die Kirchen durch die Landesregierungen große Unternehmungen erhalten. Statt dessen sollten die Mittel für kulturelle Einrichtungen und Vereinigungen der Arbeiterklasse verwendet werden. Wenn der Ausschuss auch das ablehnen würde, so fordere die SPD 500.000 Mark zur Förderung der Arbeiterorganisationen und ihrer Ziele. Auch diese kommunistischen Forderungen werden abgelehnt. Herr Rosenbaum wolle sogar die Million für die Kirche um 500.000 Mark erhöht haben. Des weiteren fordert die SPD die Mittel für das Fortbildungswesen, für das der „Kulturetat“ ganze 250.000 Mark zur Verfügung stellt, auf 5 Millionen zu erhöhen. Auch hier stimmen Sozialdemokraten und Bürgerliche gegen den Antrag. Die SPD beantragt sich mit einer Million. In dem Titel „Erziehungsbefähigten“ in Höhe von ganzen 600.000 Mark sollte Genosse Rosenbaum sein, daß es sich gerade um eine Komödie handele. Die Verdrängung, die sich wieder als ein Reiten Papier kennzeichnet, verpöche die Möglichkeiten des Aufstiegs begabter Kinder ohne Rücksicht auf die materielle Lage der Eltern bis zur Hochschule. Dieses Ziel könne natürlich nur erreicht werden bei einer Einheitslichkeit und Unangestimmtheit des gesamten Erziehungswesens. Wenn die SPD deshalb 25 Millionen fordere, so sei das gewiß

noch nicht ausreichend. Es sei aber eine Mindestforderung, die zu erheben sei. Bürgerliche und Sozialdemokraten lehnen diesen Antrag rundweg ab. Reichstagen wird schließlich die Summe um 400.000 Mark (!) zu erhöhen.

Eine Reihe von Einrichtungen, die die SPD eingestrichelt hat, werden abgelehnt. Darunter befindet sich die Forderung, die Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit für die Arbeiterklasse zu gewährleisten, und die Forderung an die Regierung, über ihre Maßnahmen Bericht zu erstatten. Die Forderung, die Vereine der Jugend- und Kinderorganisationen der Arbeiterklasse aufzuheben, wird ebenfalls von den Bürgerlichen abgelehnt. Nur die Zurückziehung des Kulturbeitrages stimmen nur Kommunisten und Sozialdemokraten. Ingeordnet wird dagegen eine sozialdemokratische Entschließung, die in verdammender Form die Sicherung der Versammlungsfreiheit in Deutschland fordert. Trotzdem werden die Beratungen der Kommunisten in Bayern, Württemberg usw. andauern.

Insich ist die Stellungnahme nicht nur der bürgerlichen, sondern auch der sozialdemokratischen Abgeordneten zu dem kommunistischen Antrag auf Trennung von Kirche und Staat, Annulierung des bayerischen Konkordats und Verbot neuer Konkordate, Verbot staatlicher Unterstellungen an Religionsgesellschaften und Aufhebung des Gotteslästerungsparagraphen. Für diesen Antrag stimmten nur die Kommunisten! Daran ist zu ersehen, wie kirchenfreundlich die Sozialdemokraten geworden sind.

In einer Abendung werden die Beratungen fortgesetzt.

## Beratung des Reichstages bis Dienstag

Der Reichstag vertagte sich nach der Beendigung der Debatte über den Reichsetat, in der die bürgerlichen Redner noch eine Reihe öffentlicher und heftiger Anschuldigungen zum Ausdruck brachten, um Material über die bevorstehenden Wahlen zu liefern, bis zum Dienstag dem 13. März 1928. Die Abstimmungen zum Etat des Reichsministeriums werden ebenfalls am Dienstag vorgenommen. Auf der Tagesordnung der Dienstagssitzung wird die Beratung der Interpellation über die von der Regierung geplante Herabsetzung des zentralen Einkommensteuers von Gefrierfleisch stehen. Ebenfalls soll das Heberleitungsgesetz zur Strafrechtsreform behandelt werden.

## Severing und die Altsocialisten

Den höchsten Wankhaken, die sich „links“ Sozialdemokraten nennen, ist die Behauptung, daß die Anschließungen Severings, die er hier in Dresden machte, sich vollständig mit der Haltung der SPD decken, sehr unangenehm. Sie haben deswegen Severing verurteilt, ihnen einen Brief zu schreiben, in dem er die Haltung der SPD verurteilen soll. Severing hat denn auch gehört geschrieben und die Volkszeitung druckt dieses Schreiben getreu ab. Was antwortet aber Severing, widerlegt er die inhaltlichen Behauptungen? Sagt er ein Wort dagegen, daß er wirklich die Politik der SPD macht? Keineswegs. Mit ein paar moralisierenden Redensarten gegen die SPD, die die Partei geplatzt habe, versucht Severing zu bluffen. Severing behauptet, der Artikel unserer Zeitung sei entstellt, beziehend ist nur, daß die Volkszeitung einen Tag später fast das gleiche berichtet.

Severing bemüht sich auch nicht allzulehr, den vergeblichen Versuch zu machen, die Gemeinsamkeit und Uebereinstimmung seiner Politik abzuleiten, er schreibt:

Wenn es richtig sein sollte — was ich aus der Ferne nicht beurteilen kann und nicht untersuchen will — daß führende Männer der bürgerlichen Altsocialisten bei ihrer politischen Lattafelt sich in den Gebantenfragen bewegen, die in meinen beiden Vorträgen zu erkennen waren, dann verstoße ich nicht, warum es in Sachen zur Veranschaulichung gekommen ist. Aber wegen tatsächlicher Meinungsverschiedenheiten die Arbeiterklasse zerplittert, hemmt den Marxismus des Sozialismus, schwächt die Position des Proletariats. Diese Selbstverleumdung gilt für alle Richtungen in der Partei. Ihre Hebung ist nicht gleichbedeutend mit Preisgabe der persönlichen Ueberezeugung, sie ist nur die Erfüllung eines hohen Gebotes der Arbeiterklasse: Du bist die Geschlossenheit deiner Organisation wahren! Ich habe nicht den Eindruck, daß dieses Gebot von allen sogenannten Altsocialisten befolgt worden ist, und darum werde ich als Altsocialist sein.

Aber es gibt noch einen anderen Grund der mich nötigt, gegen die Verdrängung „Altsocialist“ Verwahrung einzulegen. In den höchsten „Altsocialisten“, mit deren Führern mich jahrelang und gemeinsame Kampf verband, sind in den letzten Monaten Männer aus dem Reich getreten, deren öffentliche Tätigkeit nach meinem Empfinden mit einem Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse nichts mehr zu tun hat.

Altsocialist — ja wohl, nach einer Mitgliedschaft von 35 Jahren darf ich auf diesen Titel wohl Anspruch erheben. Aber „Altsocialist“? — bitte, nein, das dürfte heute nach Renegaten und Nationalsozialismus, und in den Geruch möchte ich nicht kommen.“

Das ist keineswegs eine Ablehnung der Politik der Altsocialisten. Das einzige was Severing gegen die Altsocialisten sagt, ist, daß in dieser Partei die Stellung zu unerwünscht ist. Die Arbeiter dürfen sich aber durch die Abfertigungsmanöver Severings nicht täuschen lassen.

## 1 Million Franken Wahlgeld gesammelt

Paris, 10. März. (Eig. Drahtbericht.) Die Humanität teilt mit, daß die von der Zeitung „Le Travail“ veranstaltete Sammlung zur Finanzierung der Kammerwahlen gegen 1 Million Franken überdritten hat. Auch bei uns heißen Wahlen vor der Tür. Sammelt Wahlmittel für die SPD!

## Blutige Zusammenstöße

bei Kundgebungen gegen die amerikanische Intervention. Reunort, 10. März. (Eigene Traubeildung.) Caracas: In Venezuela demonstrieren Studenten gegen die amerikanische Intervention und die Wüthenden Amerika, das Gebiet Venezuela unter sich zu bringen. Es kam zu heftigen Kämpfen gegen die Polizei, wobei 6 Polizisten und 20 Studenten getötet und viele verletzt wurden. Nach einer Meldung aus Havana kam es am 7. Kontrah zu neuen Szenen. Der Tumult brach aus im Zusammenhang mit der Intervention Amerikas in Kuba.

## Vom Schlachtfeld der Arbeit

Großhönau. In den Fabrikhallen schallt hier der 20jährige, bei der Firma Max Küder beschäftigte Hilfsarbeiter Alfred Bauer. Seine Verwundung und mit schweren Verletzungen wurde er ins Jäger Krankenhaus gebracht. Wieder ein Opfer des kapitalistischen Antreiberstems!

rüft zur Abrechnung! Abrechnung zunächst beim Vorkampf der kommenden Wahlen, wo es zu zeigen gilt, ob ihr Verhalten eures Willens auf die Tribüne des Parlaments oder geschlossene Kassen in die Dunkelkammern des Bürgerblocks lenken möcht! Abrechnung darüber hinaus, wenn es ernt wird, im Kampf um die Macht, im Kampf um den Sturz der korrupten, verbrecherischen Herrschaft der Bourgeoisie!

## Zur Regierungsbildung in Strelitz

Ein Fehler unserer Parteigenossen

In der Donnerstagssitzung des Strelitzer Landtages fand der von den früheren Regierungsparteien — Deutschnationalen und Demokraten — eingebrachte Minderheitsantrag gegen die sozialdemokratisch-vollparteiliche Regierung v. Reibnitz und Seiperg zur Abstimmung. Bereits in der vorhergehenden Sitzung des Landtages haben die Vertreter der kommunistischen Partei eine Erklärung ab, daß sie bereit sind, für eine sozialdemokratische Regierung zu stimmen, aber gegen jede Form der Koalition den härtesten Kampf führen werden. Der sozialdemokratische Landtagspräsident antwortete auf die Erklärung der Kommunisten mit der Ernennung des Sozialdemokraten v. Reibnitz und des vollparteilichen Abgeordneten Dr. Seiperg zu Ministern. Vor der Abstimmung über den deutschnational-demokratische Minderheitsantrag gaben die kommunistischen Abgeordneten erneut eine Erklärung ab, in der noch einmal ihre Bereitschaft, für eine sozialdemokratische Regierung zu stimmen, unterstrichen, und von der sozialdemokratischen Fraktion eine bindende Zusicherung gefordert wurde, daß sie nicht für den vollparteilichen Minister stimmen werde. Die sozialdemokratische Fraktion lehnte eine solche Zusicherung ab und bekannte sich offen zur Bündnispolitik mit der Vollpartei. Auf dieses sozialdemokratische Bekenntnis zur Koalitionspolitik antworteten die kommunistischen Abgeordneten mit der Zustimmung zu dem gegen die Regierung eingebrachten Minderheitsantrag. Die Einbringung eines eigenen begründeten Minderheitsantrags durch unsere Genossen konnte nicht erfolgen, da sie keine Fraktionsstärke haben.

In die Annahme des Minderheitsantrags gegen die Minister Reibnitz und Seiperg nicht mit dem Rücktritt der Regierung beantwortet wurde, brachten die Deutschnationalen einen Antrag ein, von beiden Staatsministern die Weiterführung der Geschäfte zu entziehen. Dieser deutschnationalen Antrag wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Vollparteilichen, der Kaufmännischen, der Bauernparteilichen und der drei kommunistischen Abgeordneten abgelehnt. Die Ablehnung war ein Fehler unserer Genossen, die zuvor der Koalitionsregierung das Mindertrauen ausgesprochen hatten. Aus unserer Stellung zur Koalitionsopposition ergab sich für unsere Genossen im Strelitzer Landtag die Verpflichtung, den Sturz der Koalitionsregierung und, falls die Sozialdemokratie an der Bündnispolitik mit der Vollpartei festhielt, die Auflösung des Landtages herbeizuführen. Nach einer Mitteilung des Tagesablauf haben ernannte Verhandlungen zwischen den Sozialdemokraten und den bisher in Opposition stehenden Demokraten eingesetzt, um diese zur Unterbrechung der sozialdemokratisch-vollparteilichen Regierung zu gewinnen. Die Sozialdemokraten versprachen dafür den Demokraten das Amt des Landtagspräsidenten, das bis jetzt der Sozialdemokrat Dr. Roth innehatte. Die Demokraten werden dieses Angebot wohlwollend annehmen.

Diese neuen Verhandlungen unterzeichnen nochmals den Fehler unserer Genossen, die es veräumten, durch die obige falsche Zustimmung die sozialdemokratisch-vollparteiliche Regierung zu stützen und die Auflösung des Landtages zu erwirken.

## Abgeordneter Kaiser, Antkam

Der neue MSP-Berliner in Preußen ein Vorkämpfer

Der Dresdener Anzeiger teilt heute mit, daß der Abgeordnete Kaiser, Antkam, der im Preussischen Landtag mitgeteilt hat, daß er in Zukunft die Bezeichnung „Kommunistische Partei“ führen werde, sei nicht von der SPD zur MSP übergegangen, sondern komme aus dem Lager der bürgerlichen Freipartei. Dieser Uebergang des Vorkämpfers zur MSP zeigt die geringe Verwundbarkeit zwischen den beiden Parteien. Der Unterschied ist nicht sehr groß, so daß dem Vorkämpfer der Wechsel nicht schwer gefallen sein dürfte.

## Biludstis falschliche Pläne

Verletzung des Parlaments

Aus Romo wird gemeldet: Das offizielle Blatt der italienischen Regierung gibt bekannt, daß Woldemar die vollständige Auflösung des Parlaments plant. Er will an Stelle des Parlaments der Handelskammer, der Landwirtschaftskammer und einer neu zu schaffenden Arbeitskammer größere Rechte einräumen. So wird betont, daß die Regierung Abgeordnete ernannt, und diese sollen dann mit diesen Kammern gleichberechtigte Pläne ausarbeiten.

Geßlern noch lobte die SPD den Sieg Biludstis.

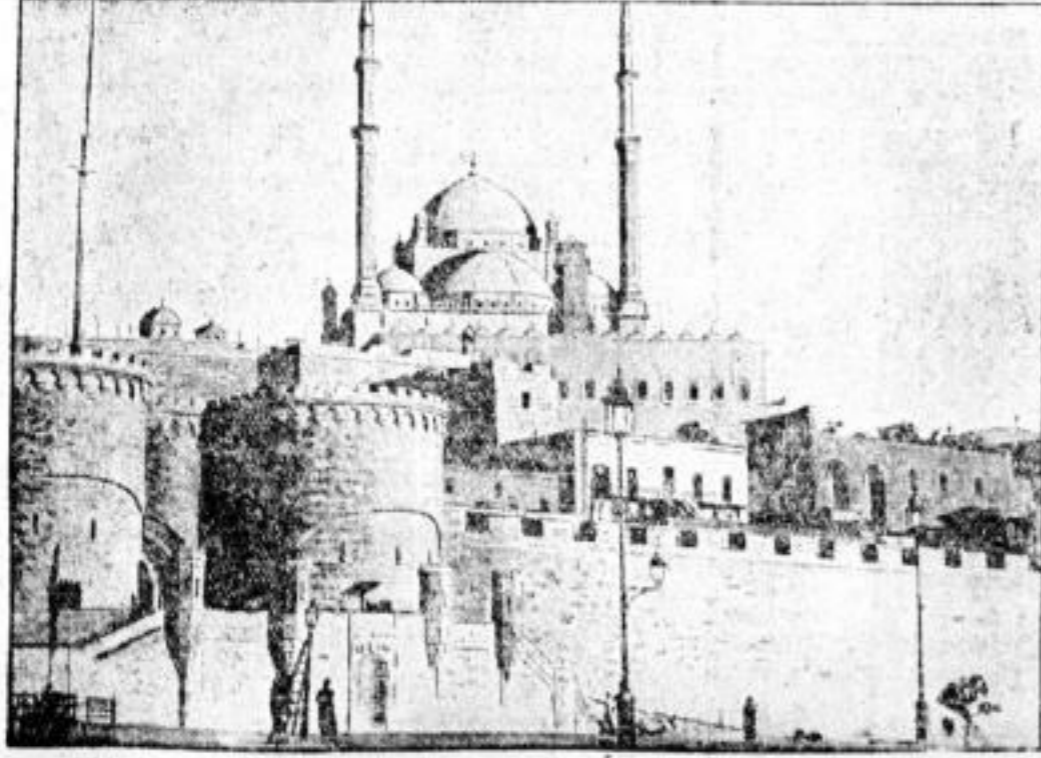
## Die Rüstungen gegen Arabien

Die Engländer haben, wie aus London gemeldet wird, in Komet getrieben in die Infanterie gelandet. Eine weitere Anzahl Flugzeugabwehr hat den Auftrag erhalten, sich für die Abfahrt nach dem Irak bereitzustellen. Die Engländer verstärken ihre Truppen und halten die Matrosen englischer. Daneben bemüht sich der englische Vertreter bei Ibn Saud, den Konflikt beizulegen. Die englischen Imperialisten wissen, daß die Ausrottung des heiligen Krieges sehr große Rüstungen auf Indien, auf Ägypten haben kann. Die englische Kolonialmacht wird auf neue schwer erschüttert.

Die Zusammenstöße in Ägypten deuten schon daraufhin, daß hier auch eine Welle der Empörung besteht, die durch einen großen arabischen Aufruhr einen starken Anstoß erhalten würde.

## Erfolg der Erhebung auf den Samoinfeln

Über die Empörung auf den Samoinfeln wurde in den letzten Tagen nicht mehr viel gemeldet. Heute kommt die Mitteilung, daß 400 verbitterte Mitglieder der australischen Organisation freigeschickt sind. Sie sollen in ihre Dörfer zurückkehren und Vorkämpfer zur Aenderung der Verwaltung im Sinne der Eingeborenen machen. Die englische Regierung hat der neuseeländischen Regierung zu einem solchen Verfahren förmlich einen Auftrag erteilt. Wie gegenüber Ibn Saud, so auch gegenüber den Eingeborenen der Samoinfeln muß das stolze England nachgeben. Die englischen Imperialisten wissen, wenn sie die Eingeborenen ihrer Kolonialstaaten in heller Empörung gegen sich haben werden, dann sind die Pläne gegen Sowjetrußland empfindlich gestört. Aber auch die imperialistischen Konstruktionsarbeiten werden die Lage nutzen. In Kontrah verfolgt man sehr eingehend und aufmerksam die Vorgänge in Arabien und Ägypten. Da die englischen Imperialisten wissen, daß sie nicht die Macht haben, alle die Bewegungen niederzuhalten, verladen sie durch geringe Kompensation die Eingeborenen zu beruhigen.



Titelle von Kairo Die Zwingsburg des britischen Imperialismus

# Gammelt bis Sonntag auf die Listen der ZUS!